



Gemeinderat

Niederschrift

über die 7. öffentliche Sitzung des Gemeinderates am Donnerstag, den 15. Dezember 2011
im Sitzungssaal des Rathauses.

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 21:10 Uhr

Anwesende:
Bgm. Engelbert Stenico, Vorsitzender
1. Bgmstv. Herbert Mayer
2. Bgmstv. Mag. Manfred Jenewein
StR Dr. Wolfgang Jörg
StR Ing. Mag. (FH) Thomas Hittler
StR Ing. Roland König
GR Hubert Niederbacher
GR Richard Reinalter
GR DI Andreas Pfenniger
GR Markus Gerstgrasser
GR Monika Rotter
GR Mag. Jakob Egg (bis 20:30 Uhr)
GR Doris Sailer
GR Mag. Kurt Leitl
GR Peter Vöhl
GR Hansjörg Unterhuber
GR Gabriele Greuter
GR Ahmet Demir
GR-Ers. Viktor Zolet

Abwesend und
entschuldigt: StR Eva Lunger

Weiters an-
wesend: Finanzverwalter Walter Gaim
Ing. Konrad Sailer
Mag. Elisabeth Reich

Schriftführerin: Sonja Streng

Tagesordnung

1. Niederschrift
2. Verordnung über die Vorschreibung der öffentlich rechtlichen Abgaben, der Steuern sowie der sonstigen Entgelte ab 01.01.2012
3. Voranschlag 2012; Mittelfristiger Finanz- und Investitionsplan 2013 - 2014
4. Antrag des Finanzausschusses
Abfallgebührenordnung
5. Bericht des Überprüfungsausschusses
6. Anträge des Stadtrates
Löschung Vorkaufsrecht – Christa Sailer; Löschung Vorkaufsrecht – Günther Posch
7. Anträge des Bau- und Wasserausschusses
Überlassung eines Holzlagerplatzes auf Gp. 1349/1 an Marth Bernadette; Ankauf der Gp. 1206 in Bruggen, Flirstraße; Überbauung des öffentl. Gutes für Straßen und Wege auf Gp. 2498 für das Objekt Malsersstraße 74 (Rangger)
8. Antrag des Planungs- Verkehrs- und Agrarausschusses
Verkehrsregelung: eingeschränktes Fahrverbot am Prandtauerweg und Leitenweg
9. Antrag des Wohnungsausschusses
Wohnungsvergaben
10. Anträge, Anfragen und Allfälliges
11. Personalangelegenheiten

Der Vorsitzende begrüßt die Erschienenen und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Sodann wird eine Gedenkminuten für den am 7.12. verstorbenen Herrn Netzer Hans-Werner (Gemeinderatsmitglied von 11/2000 bis 3/2004) abgehalten.

In weiterer Folge verliest der Vorsitzende ein Schreiben von Frau Eva Lunger, in welchem sie mitteilt, dass sie ihre Funktionen und Aufgaben im Gemeinderat und Stadtrat mit 31.12.2011 niederlegt.

Der Vorsitzende bemerkt, dass die Stadt mit Eva Lunger eine hervorragende Kulturreferentin verliere und sie mit ihrer vorbildlichen Arbeit während der Zeit ihrer Tätigkeit ausge-

zeichnete Akzente gesetzt hat und für sie das „Miteinander“ immer ein sehr wichtiger Aspekt war. Er teilt weiters mit, dass von Seiten der SPÖ-Fraktion in der nächsten Kulturausschusssitzung der Vorschlag eingebracht werde, Frau Monika Rotter zur Obfrau des Kulturausschusses zu wählen. In den Gemeinderat werde Herr Viktor Zolet als ordentliches Mitglied nachrücken.

Sodann bringt der Vorsitzende dem Gemeinderat zur Kenntnis, dass die Stadtgemeinde Landeck vor kurzem mit dem Tiroler Sanierungspreis 2011 ausgezeichnet wurde. Die Jury zeigte sich über die innovative und nachhaltige Sanierung des Altersheimes Landeck beeindruckt und wurde deshalb der 1. Preis in der Kategorie Wohnanlage an die Stadtgemeinde Landeck aus 15 Einreichungen verliehen. „Die Sanierung des Altersheimes Landeck hat Vorbildcharakter, die schwierigen Voraussetzungen stellten eine große Herausforderung dar – das Ergebnis ist mehr als gelungen“, sagte der Jurysprecher bei der Verleihung. Der Vorsitzende fügt hinzu, dass bei der Sanierung durch die Verwendung innovativer Holzfertigmodule der Betrieb auch während der Sanierungsarbeiten aufrechterhalten bleiben konnte und spricht er dafür seinen Dank an die Bauleitung und die Mitarbeiter des Hauses aus. Herzliche Gratulation gebühre auch dem Architekten.

~~Sodann~~ Anschließend geht der Vorsitzende auf die Behandlung der Tagesordnung über. Nachdem sehr viele Zuhörer anwesend sind, welche offensichtlich Interesse hinsichtlich des TO-Punktes 8 (Einführung des Fahrverbots am Prandtauerweg und Leitenweg) haben, schlägt der Vorsitzende vor, den Antrag des Planungs- und Verkehrsausschusses vorzuzureihen und nach Pkt.1) der Tagesordnung zu behandeln. Dies wird vom Gemeinderat zustimmend zur Kenntnis genommen.

Pkt. 1) der TO.: **Niederschrift**

Die Niederschrift über die 6. Sitzung des Gemeinderates vom 3. November 2011 wird genehmigt und ordnungsgemäß gefertigt.

Pkt. 8) der TO.: **Antrag des Planungs- Verkehrs- und Agrarausschusses**

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Planungs- Verkehrs- und Agrarausschusses, StR Dr. Wolfgang Jörg, den Vortrag. Er verliest nachstehenden Antrag:

Nach erfolgter Beratung in der Sitzung vom 10. November 2011 wird vom Planungs- Verkehrs- und Agrarausschuss nachfolgende Verkehrsregelung beantragt:

Fahrverbot ausgenommen Anrainerverkehr und einspurige Fahrzeuge am Prandtauerweg und am Leitenweg (Abgrenzung laut beiliegenden Lageplänen)

Der Prandtauerweg und der Leitenweg sind steile und überwiegend einspurige örtliche Erschließungsstraßen, die aber auch als Verbindungsstraßen für darüberliegende Ortsteile und Nachbargemeinden genützt werden. Der Prandtauerweg dient zahlreichen Schülern der Volksschule Bruggen und der polytechnischen Schule als Schulweg. Aufgrund der geringen Straßenbreite, der Steilheit und fehlender Gehsteige ist die Sicherheit der Schüler und anderer Fußgänger nicht im ausreichenden Ausmaß gegeben. Zur Verbesserung der

Sicherheit soll durch die beantragte Verkehrsregelung das Verkehrsaufkommen deutlich verringert werden. Da für die darüberliegenden Ortsteile und Gemeinden eine gut ausgebaute, leistungsfähige Landesstraße zur Verfügung steht, die ohne großen Umweg benützt werden kann, wird ein beschränktes Fahrverbot erlassen. Am Leitenweg befindet sich zwar keine Schule, aber wegen der Steilheit und geringen Straßenbreite ist auch dort eine Verringerung des Verkehrsaufkommens sinnvoll. Zudem wäre zu erwarten, dass der Durchzugsverkehr vom Prandtauerweg auf den Leitenweg ausweicht.

Der Ausschuss beantragt deshalb die Erlassung eines **Fahrverbotes ausgenommen Anrainerverkehr und einspurige Fahrzeuge** am Prandtauerweg und am Leitenweg. Die am Leitenweg betroffenen Bereiche sind im beiliegenden Lageplan dargestellt.

Der Gemeinderat wird um Beschlussfassung im Sinne des Antrages ersucht.

StR Jörg führt aus, dass sich der Ausschuss mehrheitlich (6:1) für ein Fahrverbot ausgesprochen hat und ist er überzeugt davon, dass es jetzt an der Zeit ist, diesen Beschluss zu fassen und hofft er um entsprechende Zustimmung. Er informiert, dass die nächsten verkehrstechnischen Änderungen in Perjen durchgeführt werden und ist deshalb eine öffentliche Vorstellung der geplanten Verkehrsmaßnahmen mit Beteiligung der Perjener Bevölkerung ~~für den am~~ 18. Jänner 2012 fixiert.

StR König kann dieser Regelung im Hinblick auf die Verkehrsberuhigung für die Anrainer zustimmen, äußert jedoch auch Bedenken. ~~„da es in Landeck noch viel Straßen gebe, wo die Voraussetzungen ähnlich sind.“~~ Er werde dem Antrag unter der Voraussetzung die Zustimmung erteilen, wenn nach einem Jahr überprüft wird, ob sich Verbesserungen in diesen Bereichen ergeben haben. ~~sich was geändert hat.~~ Außerdem regt er an, rigoros Kontrollen durchzuführen.

StR Jörg antwortet, dass es für ihn kein Problem seist, darüber nach einem Jahr einen Bericht abzugeben. Dass Fahrverbote überwacht gehören, sei selbstverständlich. Nachdem auch die Parkraumbewirtschaftung in Landeck in nächster Zeit weiter ausgedehnt werde, müsse man eventuell auch über eine Personalaufstockung nachdenken.

Der Vorsitzende bemerkt, dass man auch nachjustieren könne, wenn Probleme bekannt werden.

GR Leitl gibt zu bedenken, dass es für Feuerwehrleute und insbesondere für den Zugskommandanten vom Lochbödele bzw. der Prandtauersiedlung unzumutbar ist, bei einem Einsatz die Landesstraße zu benützen. Für die Einsatzkräfte auf dem Weg zum Einsatzzentrum stelle der Prandtauerweg eine Zeitersparnis dar. Hier müsse eine Lösung gefunden werden, die Feuerwehrleute dürfen nicht kriminalisiert werden.

GR Sailer stellt fest, dass die Exekutive nicht kleinlich ist, wenn bei einer Überprüfung festgestellt werde, dass sich der Betroffene zB auf dem Weg zum Einsatzort befindet.

StR König ist schon neugierig, wie die Verkehrstafel aussehen wird. Außerdem fragt er sich, wie die Handhabung erfolgt, wenn Eltern zum Elternsprechtag an die Schule bzw. Vereine zum neuen Turnsaal der Polytechnischen Schule fahren. Wie soll das überprüft werden?

StR Hittler erklärt, dass das Fahrverbot ausgenommen Anrainerverkehr und einspurige Fahrzeuge erlassen wird. Das heißt, dass auch diejenigen dazu zählen, die zur Schule fahren, als Anrainerverkehr gelten.

StR Jörg fügt hinzu, dass diese Verkehrsmaßnahme wenig koste und schon eine Verbesserung für die Anrainer herbeigeführt werde, wenn 50 bis 60 Autos am Tag weniger fahren. Er ist überzeugt, dass diese Regelung wichtig und richtig ist und nur unterstützt werden kann.

GR Leitl weist darauf hin, dass mit dieser Maßnahme die Gemeinde nicht von der Verpflichtung enthoben werde, einen Gehsteig zur Schule zu verwirklichen.

StR Jörg gibt an, dass diese Maßnahme im nächsten Schritt erfolgen werde.

GR Pfenniger erinnert, dass auch die Installierung einer Bushaltestelle forciert werden sollte.

Der Vorsitzende erläutert, dass man hinsichtlich der Bushaltestelle noch dran ist, zu einer Lösung zu kommen.

Beschluss:

Für diesen Antrag des Planungs- und Verkehrsausschusses ergibt sich Einstimmigkeit.

Pkt. 2) der TO.: **Verordnung über die Vorschreibung der öffentlich rechtlichen Abgaben, der Steuern sowie der sonstigen Entgelte ab 01.01.2012**

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Finanzausschusses, 2. Bgmstv. Mag. Manfred Jenewein, den Vortrag. Er bringt dem Gemeinderat den Antrag betreffend Festsetzung der Gemeindesteuern, -gebühren und -abgaben ab 1.1.2012, welcher dieser Niederschrift als Bestandteil beigeschlossen wird, zur Kenntnis.

Er betont, dass man in den Bereichen Wasser, Kanal und Müll stets bemüht ist, kostendeckend zu arbeiten. Grundsätzlich sind die Gebühren bzw. Abgaben im Wesentlichen unverändert bzw. gleich geblieben. In manchen Bereichen erfolgte eine moderate Anhebung analog der Inflationsrate, in der Größenordnung von 3,64 %. Eine Änderung gebe es im kommenden Jahr bei der Müllgebühr. Bisher wurde unabhängig von der produzierten Menge eine Pauschalgebühr eingehoben. Ab 2012 wird nun auf eine aufkommensbezogene Verrechnung umgestellt. Der Erschließungsbeitrag wurde auf 5% erhöht und liegt damit im Bezirksvergleich immer noch am unteren Ende. Die Parkentgelte sind nunmehr seit 1998 unverändert. Nachdem man bei den Kanalisationsgebühren mit der Inflationsanpassung das Auslangen nicht finden konnte, gibt es eine außerordentliche Erhöhung von ca. 8 %. Ohne diese Erhöhung könnte nicht kostendeckend gearbeitet werden. In diesem Zusammenhang wurde beim Abwasserverband der Antrag gestellt, den Aufteilungsschlüssel zu überprüfen bzw. neu zu berechnen. Bei den Elternbeiträgen für 3-jährige Kinder in den städtischen Kindergärten betrage die Erhöhung Euro 1,00 pro Monat und Kind, was einem Prozentsatz von + 3,1 % entspreche. Die Gebührensätze der Stadtbücherei wurden um 10 Cent

pro Buch erhöht. Abschließend hält er fest, dass man insgesamt von einer sehr moderaten Gebührenordnung sprechen kann.

StR König fragt hinsichtlich der Vergnügungssteuer an, ob es in diesem Bereich wirklich zu Einnahmen komme bzw. ob es aus verwaltungswirtschaftlicher Sicht überhaupt sinnvoll ist diese einzuhoben und ob die Gemeinde gesetzlich dazu verpflichtet ist.

2.Bgmstv. Jenewein hält fest, dass man grundsätzlich nicht verpflichtet ist, die Vergnügungssteuer vorzuschreiben. Dennoch sind es im Jahr ein paar Tausender die durch die Einhebung in die Kasse wandern. Der Verwaltungsaufwand sei nicht so groß, dass darauf verzichtet werden sollte. Er ist insbesondere im Hinblick auf die finanzielle Situation der Stadtgemeinde Landeck der Meinung, dass alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten ausgeschöpft werden müssen.

Der Vorsitzende fügt hinzu, dass bei der Pauschsteuer sämtliche Spielautomaten hineinfallen und könne in diesem Bereich beträchtliche Einnahmen verzeichnet werden.

2.Bgmstv. Jenewein erklärt sich gerne bereit, die Einnahmen aus der Vergnügungssteuer bzw. der Pauschsteuer im Detail darzustellen.

GR Leitl bemerkt, dass Familien mit mehreren Kleinkindern bzw. Haushalte, in welchen zB Eltern (im schlimmsten Fall als „Pflegefälle“) zu Hause betreut werden, zu Härtefällen werden. Dies betreffe oft Menschen, die nicht gerne als Bittsteller vor ein Amt treten. Er ersucht hier um einen Lösungsansatz.

Der Vorsitzende bemerkt zu den Müllgebühren, dass Unsicherheiten vor dem Neustart der Umstellung des Müllsystems bestehen. Bereits nächstes Jahr um diese Zeit werde man schlauer sein und mehr wissen. Sollte sich herausstellen, dass es Härtefälle gibt, wird es Kulanzlösungen geben, die individuell beraten werden. Die genauen Details müsse man noch im Ausschuss klären.

StR Hittler fügt hinzu, dass es dies auf alle Fälle über ein Ansuchen erfolgen müsse. Er bittet um Verständnis, dass nicht alles auf einmal geregelt werden kann. Man müsse erst mal abwarten und werde dann die Situation subjektiv beurteilen.

GR Demir findet die Eintrittspreise im Schwimmbad etwas überteuert. Er ist der Meinung, wenn diese niedriger angesetzt würden, könnte der Tramser Weiher entlastet werden.

Der Vorsitzende bemerkt, dass darüber im Sport- und Freizeitausschuss diskutiert werden sollte. Dass bei geringeren Eintrittspreisen die Trams entlastet werden könnte, schließt er persönlich aus. Jene, die den Tramser Weiher aufsuchen, wollen in einem „Naturbad“ schwimmen, egal wie die Eintrittspreise im Schwimmbad sind.

StR Hittler erklärt, dass alle keine Freude mit der notwendigen außerordentlichen Erhöhung bei der Kanalgebühr haben, aus Gründen der Kostendeckung jedoch notwendig ist. Er betont, dass man damit jedoch am Plafond angekommen ist.

1.Bgmstv. Mayer fügt hinzu, dass im Bereich Abwasser in den nächsten Jahren Sanierungs- und Instandhaltungsarbeiten anfallen. Würde man diese Erhöhung jetzt nicht durchführen, würde man es später schwer büßen.

Beschluss:

Der Gemeinderat erklärt sich mit der Festsetzung der Gemeindesteuern, -gebühren und -abgaben, wie im Antrag angeführt, einstimmig einverstanden.

Pkt. 3) der TO.: Voranschlag 2012, Mittelfristiger Finanz- und Investitionsplan

Der Obmann des Finanzausschusses, 2. Bgmstv. Mag. Manfred Jenewein, trägt eine Präsentation zum Entwurf des Voranschlages 2012 vor. ~~„-welche dieser Niederschrift beige-schlossen wird.“~~

Er erläutert, dass die angespannte Lage in den Gemeinden, welche aus anderen Bundesländern schon länger bekannt ist, jetzt auch in Tirol und insbesondere in Landeck angekommen ist. Tatsache ist, dass der freie Handlungsspielraum der Stadtgemeinde Landeck immer kleiner wird. Für 2012 liegt für Landeck ein „Sparbudget“ vor, dementsprechend **waren** auch die Beratungen im Finanzausschuss über das „Notwendige“ und viel weniger über das, was wir uns wünschen würden. Grund dafür sind nicht zuletzt die vielen Einflüsse von „außen“, auf die kein Einfluss genommen werden kann. Dazu zählen die Transferleistungen, welche überdurchschnittlich steigen; die Ertragsanteile (steigen unterdurchschnittlich) sowie im Jahr 2012 Einmaleffekte wie Pensionsfonds und Rotes Kreuz, etc. Er erklärt, dass im Jahr 2012 eine detaillierte Haushaltsanalyse im Finanzausschuss durchgeführt werden müsse. Dazu werden alle Ausschüsse sowie alle Abteilungen des Hauses eingebunden und alles durchforstet. Es werde keine Tabus mehr geben. Man müsse sich einen „Spielraum erarbeiten“. Er betont, dass man sich dieser Arbeit gemeinsam unterziehen muss, es gebe keinerlei Alternativen.

Zum außerordentlichen Haushalt führt er aus, dass dieser gegenüber den Vorjahren reduziert worden ist. Im Jahr 2012 ist dieser mit Euro 1,94 **Mio.** budgetiert. Neue Projekte gebe es im kommenden Jahr nicht viel. Die Sanierung der Volksschule Angedair werde aus heutiger Sicht nicht im gewünschten Zeitplan und in der gewünschten Höhe umgesetzt werden können. Im ersten Halbjahr 2012 werde man über verschiedene Szenarien nachdenken und die Umsetzung über mehrere Etappen und eventuell über einen längeren Zeitraum planen müssen. Insbesondere sind dazu noch ausführliche Gespräche mit dem Land hinsichtlich Förderungen zu führen.

Der Euribor beträgt aktuell 1,43 % (3 Monats-Euribor) bzw. 1,68 % (6 Monats-Euribor) und ist die weitere Entwicklung schwer vorauszusagen. Die Zinsen werden im Jahr 2012 jedoch eher nach unten gehen.

Die frei verfügbaren Mittel sinken im Jahr 2012 auf Euro 181.000,-- im Vergleich zu 2011 (Euro 546.700,--) drastisch. Die Luft ist somit sehr „dünn“. Der Schuldenstand wird gegenüber dem Jahr 2011 deutlich verringert (2010 – 16 Mio., 2011 – 14 Mio. Euro). Ziel müsse es jedoch sein, diesen weiter zu reduzieren. Der prognostizierte Verschuldungsgrad steigt im Jahr 2012 auf 89,96 % und ist somit dramatisch.

Er erklärt abschließend, dass die Konsequenzen aus diesen Zahlen gezogen werden müssen und im kommenden Jahr nur wenige Wünsche erfüllt werden können. Das Jahr 2012 stehe im Zeichen von Vorsicht und „Bremsen“. Er bittet dafür um Verständnis und ersucht um Mi-

arbeit aller Ausschüsse und fordert er in diesem Zusammenhang alle Ausschussobleute auf, mit entsprechender Sorgfalt und Verantwortung an die Arbeit heran zu gehen. Zum Schluss bedankt er sich beim Finanzausschuss für die Mitarbeit, bei Walter Gaim für seine Zeit und Arbeit, welche in letzter Zeit überdurchschnittlich in Anspruch genommen werden mussten sowie den bei der Erstellung des Voranschlags beteiligten Mitarbeitern des Hauses.

Für StR Hittler ist die finanzielle Situation so schlimm wie noch nie. Das Budget spiegle die letzten Jahre wieder. Aufgrund der großen Projekte wie Einsatzzentrum, Polytechnische Schule, Altes Kino, der „Luxusausführung“ des Stadtplatzes, etc. sind die finanziellen Mittel langfristig gebunden und werden teils höhere laufende Kosten verursacht. Er erwähnt in diesem Zusammenhang die Gestaltung des Stadtplatz als „Luxusbau“. Mit dem vorliegenden Budget könne praktisch nur mehr die Verwaltung gewährleistet werden, Schwerpunkte können keine mehr gesetzt werden. Er habe auch keine Freude mit dem Budget und der Gesamtlage, dennoch werde es von Seiten der SPÖVP die Zustimmung zur vorliegenden Jahresrechnung geben. Noch dramatischer werde es allerdings im nächsten Jahr, falls nicht die Ertragsanteile steigen. Außerdem werde nächstes Jahr die Kostenbeteiligung für die Kirchensanierung mit einem großen Betrag zu Buche stehen. Er glaubt, dass deshalb gewisse Tabu-Themas zur Sprache kommen müssen. Er bedankt sich bei den Mitarbeitern des Hauses, bei Walter Gaim und besonders bei den Mitgliedern des Finanzausschusses für die gute Zusammenarbeit.

StR Jörg stellt fest, dass die laufenden Kosten viel zu hoch sind. Man müsse versuchen, dem entgegenzusteuern. Auf alle Fälle dürfe nicht alles dem Bürger aufgelastet werden. Es handle sich praktisch nur mehr um ein „Verwaltungsbudget“, Visionen gebe es praktisch gar keine mehr. Er gibt zu bedenken, dass die Handlungsfähigkeit verändert werden muss.

GR Demir teilt mit, dass seine Fraktion dem vorliegenden Budget zustimmen werde. Er weist jedoch darauf hin, dass die Ausgaben beim Venet dermaßen hoch sind, so dass man sich schon Gedanken über eine Schließung machen müsse. Insgesamt könne er feststellen, dass man mit gutem Gewissen zum Wohle der Bevölkerung gehandelt habe.

Der Vorsitzende teilt mit, dass man sich mit dem Venet im Jänner weiter beschäftigen werde.

StR König plädiert dafür, das Theater-Abo in der Höhe von Euro 16.000,-- aus dem Budget zu nehmen, da dieses seiner Meinung nach 7- in Landeck schlecht angenommen wird. Stattdessen könnte er sich einen Buszuschuss für Fahrten ins Landestheater vorstellen. Für ihn ist es klar, dass die Bildung sprich Sanierung Volksschule Angedair 1. Priorität haben muss, danach komme das Schwimmbad und dann erst de Venet. Er spreche sich klar gegen eine Deckung des Abgangs der Venetbergbahnen en AG auf Kosten der Volksschule Angedair aus. Hinsichtlich des Venets müsse demnächst eine Entscheidung getroffen werden.

Der Vorsitzende bekräftigt, dass das Theater-Abo heute sicher nicht aus dem Budget genommen werde. Mit dieser Frage soll sich der Kulturausschuss beschäftigen und will er dem Kulturausschuss nicht vorgreifen. Die Meinung von StR Hittler, das Projekt neuer Stadtplatz als Luxusobjekt zu bezeichnen, könne er nicht teilen. Seiner Meinung nach 7- ist weder das

Einsatzzentrum noch der Stadtplatz kein Luxus. Zum Venet betont er, dass eine sofortige Schließung der Wintersaison 2012/13 das heurige Budget auch nicht mehr retten würde.

GR Rainalter sieht alles ein wenig positiver. Er teilt mit, dass er vor Beginn der Budgetverhandlungen alle n Kindergartenleiterinnen und Schulleiter eingeladen habe und diese ihre Wunschvorstellungen zur Kenntnis gebracht haben. Er könne behaupten, dass sehr wohl in die Bildung investiert werde, denn viele von den eingebrachten Wünschen können umgesetzt werden. Es müssen nur alle gemeinsam an einem Strang ziehen.

GR Rotter findet die Kritik von StR König hinsichtlich des Theaterabos nicht richtig. Man werde aber im Kulturausschuss über mögliche Einsparungspotentiale diskutieren.

1. Bgmstv. Mayer stellt fest, dass immer wenn man sparen muss, die Frage der Wertigkeit aufkomme. Er führt aus, dass im außerordentlichen Haushalt Mittel für die Sanierung von 3 Wohnungen vorgesehen sind. Es stelle sich jedoch die Frage, ob die Gemeinde überhaupt noch Wohnungen vermieten soll oder ob es andere zeitgemäße Möglichkeiten gebe. Im Wohnungsausschuss werde man darüber beraten und eventuell eine Änderung herbeiführen. Er bemerkt, dass er sich auf der Einnahmenseite ein Plus bei der Kommunalsteuer wünschen würde. Man müsse darauf achten, das „Boot am Ruder zu halten“. Er bedankt sich abschließend bei den Mitgliedern des Finanzausschusses, bei Walter Gaim und den Mitarbeitern des Hauses.

GR Vöhl bedankt sich als Obmann der Stadtmusikkapelle Landeck für die gewährten Unterstützungen.

StR König schließt sich den Dankesreden an. bedankt sich auch bei allen, die bei der Erstellung des Voranschlags beteiligt waren.

Der Vorsitzende bedankt sich beim Finanzreferenten, 2. Bgmstv. Manfred Jenewein, für die geleistete Arbeit und die Präsentation. In weiterer Folge spricht er dem Finanzausschuss und Herrn Walter Gaim seinen Dank aus. Abschließend resümiert er: Man könne nun Man müsse auch in dieser schwierigen Situation den Blick nach vorne richten. Wenn könne sagen, wir haben derzeit die Talsohle erreicht und müsse man nun versucht werdenen, den Berg zu besteigen und vorwärts zu gehen. Man müsse auch in dieser schwierigen Situation den Blick nach vorne richten.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt sodann einstimmig den vorliegenden Voranschlag 2012.

Der mittelfristige Finanz- und Investitionsplan 2012 – 2013 und wird vom Gemeinderat einstimmig zur Kenntnis genommen.

Pkt. 4) der TO.: Antrag des Finanzausschusses

Der Obmann des Finanzausschusses, 2. Bgmstv. Mag. Manfred Jenewein, verliest nachstehenden Antrag:

Der Finanzausschuss des Gemeinderates der Stadtgemeinde Landeck stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle nachstehende Abfallgebührenordnung beschließen:

Im Zuge der Umstellung auf das Verwiegesystem und der Festlegung der endgültigen Gebühren, haben sich folgende Veränderungen ergeben:

1. Rundung aller Gebührensätze auf an die Vorschreibungszeitpunkte angepasste, teilbare Beträge.
2. Änderung der vierteljährlichen Vorschreibungsstichtage (Vorverlegung um jeweils einen Monat) z.B. von 1. Feber auf 1. Jänner.

§ 1 Arten der Gebühren

Die Stadtgemeinde Landeck hebt zur Deckung des Aufwandes, der ihr durch die Entsorgung und die Abfallberatung entsteht, Abfallgebühren in Form einer Grundgebühr und einer weiteren Gebühr ein.

§ 2 Entstehung der Gebührenpflicht

1. Der Gebührenanspruch auf die **Grundgebühr** entsteht mit der Bereitstellung von Einrichtungen und Anlagen zur Entsorgung von Abfällen sowie der Abfallberatung.
2. Der Gebührenanspruch auf die **weitere Gebühr** entsteht mit der Übergabe der Abfälle an die zu deren Abholung oder Sammlung bestimmten Einrichtungen bzw. Anlagen:
 - a) für die Entsorgung des Restmülls bei der Übernahme des Restmülls durch die öffentliche Müllabfuhr der Stadtgemeinde Landeck;
 - b) für die Entsorgung des Biomülls bei der Übernahme des Biomülls durch die öffentliche Müllabfuhr der Stadtgemeinde Landeck;
 - c) für die Entsorgung des Sperrmülls, des Altholzes usw. bei der Anlieferung zum Wertstoffhof.

§ 3 Gebührenhöhe, Bemessungsgrundlagen, Mindestmengen

1. Für die **Grundgebühr** (Jahresgebühr) gelten folgende Bemessungsgrundlagen bzw. Gebührensätze:

a) Private Haushalte und Wohnobjekte (auch Freizeitwohnsitze, und Zweitwohnsitze)

1 Person	Euro 95,80
2 Personen	Euro 133,20
3 Personen	Euro 170,60
4 Personen	Euro 208,00
5 und mehr Personen	Euro 245,40

Als Stichtage für die Ermittlung der Haushalte und Personen pro Haushalt wird der 1. Jänner, 1. April, 1. Juli und 1. Oktober festgesetzt. Zur Ermittlung der Grundgebühr nach lit. a) werden Personen herangezogen, die mit einem Haupt- bzw. Nebenwohnsitz in Landeck gemeldet sind. Veränderungen nach diesem Stichtag bleiben bei den Gebührensprechreibungen unberücksichtigt.

b) Fremdenverkehrsbetriebe, sonstige Betriebe, Ämter, Behörden, Kammern, Schulen, Kindergärten, Internate, Kasernen, Heime, Pflege- und Sozialeinrichtungen, Vereine,...

aa) Fremdenverkehrsbetriebe

pro Gästenächtigung	Euro 0,088
pro Sitzplatz	Euro 1,65
<u>Beschäftigte (umgerechnet auf Vollzeit):</u>	
Bis 4 Beschäftigte	Euro 95,80
von 5 - 10 Beschäftigten	Euro 191,60
von 11 - 20 Beschäftigten	Euro 383,20
von 21 - 40 Beschäftigten	Euro 766,40
von 41 - 100 Beschäftigten	Euro 958,00
über 100 Beschäftigten	Euro 1.149,60

Maßgebend für die Berechnung der Gebühr nach § 3 Z (1) lit. b) aa) sind die Nächtligungen des der Vorschreibung vorangegangenen Kalenderjahres sowie die Anzahl der Sitzplätze und Beschäftigten am 31. 7. des der Vorschreibung vorangegangenen Kalenderjahres. Veränderungen nach diesen Stichtagen bleiben bei der Gebührensprechreibung unberücksichtigt.

Ausnahme: Wird ein neuer Betrieb gegründet oder ein Betriebsstandort aufgelassen, ist die nach vollen Monaten zu berechnende anteilige Grundgebühr zu entrichten.

bb) sonstige Betriebe, Ämter, Behörden, Kammern

<u>Beschäftigte (umgerechnet auf Vollzeit):</u>	
Bis 4 Beschäftigte	Euro 95,80
von 5 - 10 Beschäftigten	Euro 191,60

von 11 - 20 Beschäftigten	Euro 383,20
von 21 - 40 Beschäftigten	Euro 766,40
von 41 - 100 Beschäftigten	Euro 958,00
über 100 Beschäftigten	Euro 1.149,60

Stichtag für die Bemessung der Gebühr nach § 3 Z (1) lit. b) bb) ist der 31. 07. des der jeweiligen Vorschreibung vorhergehenden Kalenderjahres. Veränderungen nach diesem Stichtag bleiben bei der Gebührenvorschreibung unberücksichtigt.

Ausnahme: Wird ein neuer Betrieb gegründet oder ein Betriebsstandort aufgelassen, ist die nach vollen Monaten zu berechnende anteilige Grundgebühr zu entrichten.

- cc) Einrichtungen (Schulen, Kindergärten, Internate, Kasernen, Heime, Pflege- und Sozialeinrichtungen, Vereine,...)

Beschäftigte (umgerechnet auf Vollzeit):

Bis 4 Besch./Schüler/Bewoh./Wehrd./akt. Mgl.	Euro 95,80
von 5 - 10 Besch./Schüler/Bewoh./Wehrd./akt. Mgl.	Euro 191,60
von 11 - 20 Besch./Schüler/Bewoh./Wehrd./akt. Mgl.	Euro 383,20
von 21 - 40 Besch./Schüler/Bewoh./Wehrd./akt. Mgl.	Euro 766,40
von 41 - 100 Besch./Schüler/Bewoh./Wehrd./akt. Mgl.	Euro 958,00
über 100 Besch./Schüler/Bewoh./Wehrd./akt. Mgl.	Euro 1.149,60

Stichtag für die Bemessung der Gebühr nach § 3 Z (1) lit. b) cc) ist der 31.10. des der jeweiligen Vorschreibung vorhergehenden Kalenderjahres. Veränderungen nach diesem Stichtag bleiben bei der Gebührenvorschreibung unberücksichtigt.

Ausnahme: Wird eine neue Einrichtung gegründet oder ein Standort der Einrichtung aufgelassen, ist die nach vollen Monaten zu berechnende anteilige Grundgebühr zu entrichten.

2. Mindestmengen

aa) Private Haushalte und Wohnobjekte

Restmüll:

1 Person	40 kg
2 Personen	56 kg
3 Personen	72 kg
4 Personen	88 kg
5 und mehr Personen	104 kg

Biomüll:

1 Person	40 kg
2 Personen	56 kg
3 Personen	72 kg
4 Personen	88 kg
5 und mehr Personen	104 kg

Haushalten, die sich schriftlich als Eigenkompostierer deklarieren wird keine Biomüll-Mindestmenge verrechnet.

Beschluss:

Der Gemeinderat erklärt sich damit einstimmig einverstanden.

Pkt. 5) der TO.: Bericht des Überprüfungsausschusses

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Überprüfungsausschusses, GR Ahmet Demir, das Wort und bringt den Mitgliedern des Gemeinderates nachstehenden Bericht zur Kenntnis:

Der Überprüfungsausschuss des Gemeinderates der Stadtgemeinde Landeck hat am Samstag, den 9.12.2011 in der Finanzverwaltung des Rathauses die Gebarung und Buchhaltung geprüft. Die Prüfung hat folgendes Ergebnis erbracht:

1. Genehmigung der Niederschrift über die 3. Sitzung im Jahre 2011

Das Protokoll der 3. Sitzung wird genehmigt und ordnungsgemäß gefertigt.

2. Buchungs- und Belegprüfung

Nachstehende Belege des HHJ. 2011 werden stichprobenweise geprüft:

102603 bis 102828
106527 bis 106602
101517 bis 101725
103194 bis 103385

Die Überprüfung der Belege ergibt keinerlei Beanstandungen.

3. Kassaprüfung

Die Haupt- und Nebenkassen wurden durch die Mitglieder des Überprüfungsausschusses geprüft.

Die Überprüfung der Haupt- und Nebenkassen ergab keinerlei Beanstandungen.

4. Genehmigung der Haushaltsüberschreitungen

Die Mitglieder des Überprüfungsausschusses kontrollieren beiliegenden Nachweis der Ausgabenüberschreitungen im ordentlichen und im außerordentlichen Haushalt 2011.

Formatiert: Zeilenabstand: einfach

Formatiert: Zeilenabstand: einfach

Formatiert: Zeilenabstand: einfach

Formatiert: Zeilenabstand: einfach

Formatiert: Zeilenabstand: einfach

Formatiert: Zeilenabstand: einfach

Formatiert: Zeilenabstand: einfach

Formatiert: Zeilenabstand: einfach

Der Prüfungsausschuss nimmt die Überschreitungen zur Kenntnis. Der Antrag zur Genehmigung der Überschreitungen wird im Zuge der Erstellung der Jahresrechnung 2011, an den Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt.

5. Überprüfung Fahrtkostenabrechnungen

Der Finanzverwalter legt die Liste der im Jahre 2010, durch die städtischen Bediensteten gefahrenen Kilometer, ausgenommen die mit LKW's zurückgelegten Kilometer, zur Beratung vor.

Der Obmann ist der Meinung, dass nach Möglichkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln gefahren werden sollte. Von den insgesamt 34.000 gefahrenen Kilometern wurden ca. 16.000 mit gemeindeeigenen Fahrzeugen (Stadtpolizei, Bauamt) zurückgelegt.

6. Allfälliges

Da es zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldungen gibt, dankt der Obmann für die Mitarbeit und schließt die Sitzung.

GR Demir bedankt sich bei Finanzverwalter Walter Gaim für die Hilfestellung und bei allen Mitgliedern des Prüfungsausschusses für die angenehme Zusammenarbeit.

Der Bericht des Prüfungsausschusses wird vom Gemeinderat zustimmend zur Kenntnis genommen.

Pkt. 6) der TO.: Anträge des Stadtrates

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Vorsitzende den Vortrag. Er verliest nachstehende Anträge:

a. Löschung Vorkaufsrecht – Christa Sailer

In EZ 1280 GB 84007 Landeck – im Alleineigentum von Frau Christa Sailer – ist unter C-LNr. 1 a das Vorkaufsrecht zu Gunsten der Stadtgemeinde Landeck einverleibt.

Das Notariat Platter + Partner stellt die Anfrage, ob die Stadtgemeinde Landeck der Löschung dieses Vorkaufsrechts zustimmt.

Der Stadtrat hat sich in seiner Sitzung vom 15. November 2011 mit dem Ansuchen befasst und beantragt, der Gemeinderat möge der Löschung des Vorkaufsrechts zustimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat erklärt sich mit dem Antrag des Stadtrates einstimmig einverstanden.

Formatiert: Zeilenabstand: einfach

Formatiert: Zeilenabstand: einfach

Formatiert: Zeilenabstand: einfach

Formatiert: Block

Formatiert: Block, Zeilenabstand: einfach

Formatiert: Schriftart: Fett

b. Löschung Vorkaufsrecht – Günther Posch

In EZ 1248 GB 84007 Landeck ist auf dem Anteil des Herrn Günther Posch unter C-LNr. 1 das Vorkaufsrecht zu Gunsten der Stadtgemeinde Landeck einverleibt.

Rechtsanwalt Dr. Schimana stellt die Anfrage, ob die Stadtgemeinde Landeck der Löschung dieses Vorkaufsrechts zustimmt.

Der Stadtrat hat sich in seiner Sitzung vom 15. November 2011 mit dem Ansuchen befasst und beantragt, der Gemeinderat möge der Löschung des Vorkaufsrechts zustimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem vorliegenden Antrag einstimmig zu.

Pkt. 7) der TO.: Anträge des Bau- und Wasserausschusses

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Bau- und Wasserausschusses, StR Ing. Roland König, den Vortrag. Er verliest nachstehende Anträge:

a. Überlassung eines Holzlagerplatzes an Marth Bernadette

Frau Marth Bernadette hat bei der Stadtgemeinde Landeck um die Überlassung eines Holzlagerplatzes neben dem bestehenden Holzlagerplatz von Bruno und Andreas Marth in der Römerstraße (Verbindungsweg zur Kirchenstraße) angesucht.

In der Bau- und Wasserausschusssitzung am 16.11.2011 hat man das Ansuchen befürwortet, wobei ihr jedoch ein Standort östlich des bestehenden Holzlagerplatzes im Ausmaß von ca. 1,0/4,0 m angeboten wurde.

Nachdem sie damit einverstanden ist, stellt der Bau- und Wasserausschuss den Antrag um Überlassung dieser Fläche an Frau Bernadette Marth als Holzlagerplatz in Form einer Bittleihe und wie beim Holzlagerplatz von Bruno und Andreas Marth zu folgenden Bedingungen:

- Genehmigung bis auf jederzeitigen Widerruf
- Jährliches Benützungsentgelt Euro 28,80 (wertgesichert)
- Lagerhöhe max. 2,0 m
- Strassenbild darf nicht negativ beeinträchtigt werden (keine Planenabdeckung)

Beschluss:

Der Gemeinderat erklärt sich mit der Überlassung eines Holzlagerplatzes an Frau Marth Bernadette einstimmig einverstanden.

b. Ankauf der Gp. 1206 in Bruggen, Flirstraße

Die Eigentümer der Gp. 1206, Stefan und Renate Walch und Erika Schöpf haben ihr Grundstück der Stadtgemeinde Landeck zum Kauf angeboten. Es handelt sich hierbei um eine 122 m² große Inselparzelle innerhalb der stadteigenen Gp. 1209/6, auf welcher sich noch Mauerreste eines ehemaligen Wasserbasins östlich des Köterbaches in der Flirstraße befinden.

Nachdem diese Grundstücke als Mischgebiet gewidmet sind und sich eine Vereinigung der Gp. 1206 mit der stadteigenen Gp. 1209/6 für eine zukünftige Nutzung des Grundstückes sehr positiv auswirkt, wird vom Bau- und Wasserausschuss ein Ankauf befürwortet. Mit den Grundeigentümern konnte man sich auf einen Grundpreis in Höhe von Euro 50,-/m² einigen, wobei alle mit diesem Rechtsgeschäft anfallenden Kosten für die grundbücherliche Überschreibung, sowie der Abtrag der Mauerreste von der Stadtgemeinde Landeck zu übernehmen sind.

Der Gemeinderat wird um die Beschlussfassung zum Ankauf dieses Grundstückes mit einem Kaufpreis in Höhe von Euro 6.100,- im Sinne dieses Antrages ersucht.

Beschluss:

Für diesen Grundankauf ergibt sich Einstimmigkeit.

c. Überbauung des öffentl. Gutes für Straßen und Wege auf Gp. 2498 (Rangger)

Herr Ing. Rangger Günter, hat bei der Stadtgemeinde Landeck um die Überbauung des öffentlichen Straßengrundes auf Gp. 2498 mit einem 4,90 m langen und 1,0 m breiten Balkon im zweiten und dritten Obergeschoss seines Objektes Malserstraße 74 angesucht.

Der Bau- und Wasserausschuss hat in seiner Sitzung am 16.11.2011 diese Überbauung befürwortet und ersucht den Gemeinderat um seine Zustimmung. Die Überbauung soll in Form eines Sondergebrauches gemäß § 5 des Tiroler Straßengesetzes gestattet werden.

Beschluss:

Für diesen Antrag ergibt sich Einstimmigkeit.

Pkt. 9) der TO.: Antrag des Wohnungsausschusses

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt der Obmann des Wohnungsausschusses, 1. Bgmstv. Herbert Mayer, das Wort und verliest nachstehenden Antrag:

Der Wohnungsausschuss der Stadtgemeinde Landeck hat in seinen Sitzungen vom 24.10.2011 und 17.11.2011 nachstehend angeführte Wohnungen wie folgt vergeben:

- a) Die 2-Zi-Wohnung Lötzweg 53 (nach Baumer) an
GÜN Memet, Landeck, Salurnerstraße 16
- b) die 1-Zi-Wohnung Fischerstraße 116 (nach Blank) an
SAILER Jan, Landeck, Fischerstraße 116
- c) die 3-Zi-Wohnung Lötzweg 57 (nach Sprenger) an
UCAR Fatma, Landeck, Jubiläumstraße 21
- d) die 3-Zi-Wohnung Lötzweg 65 (nach Yilmaz)
CETIN Zeynep, Landeck, Knappenbühelgasse 22
- e) die 3-Zi-Wohnung Brixnerstraße 2 (nach Unterkircher) im Tauschwege an
YALINIZ Hasan, Landeck, Fischerstraße 116
- f) die 2-Zi-Wohnung Malsersstraße 19 (nach Dohr) an
MEIXL Anna, Landeck, Obere Feldgasse 7
- g) die 3-Zi-Wohnung Malsersstraße 19 (nach Juen)
GIRARDELLI Erich, Landeck, Adamhofgasse 13
- h) die 2-Zi-Wohnung Salurnerstraße 14 (nach Solak)
MOSER Thomas, Landeck, Salurnerstraße 14
- i) die 3-Zi-Wohnung Flirstraße 13 b (nach Hazar)
OLGAR Murat, Landeck, Malsersstraße 36
Rücktritt **DEMIR Leyla, Landeck, Leitenweg 5a**
- j) die 3-Zi-Wohnung Flirstraße 13 (nach Gamper)
BOZDOGAN Kadir, Landeck, Jubiläumstraße 23
- k) die 1-Zi-Wohnung Salurnerstraße 14 (nach Walter)
JEVTIC Zivadinka, Landeck, Innstraße 39
Rücktritt **GAMPER Manuela, Landeck, Flirstraße 13**

WOHNUNGSVERGABEN BRUGGFELDSTRASSE

Neuvergaben

Top 8 JUEN Margarethe, Landeck
Top 46 MAYR Lisa, Landeck

GR Demir teilt mit, dass er heute gegen den Antrag stimmen werde. Die Gründe dafür erörtert er im nicht öffentlichen Teil dieser Sitzung.

Für vorliegenden Antrag des Wohnungsausschusses Mit den beantragten Wohnungszuweisungen ergeben sich 18 Prostimmen und eine Gegenstimme. ist der Gemeinderat einstimmig einverstanden.

Pkt. 10) der TO.: Anträge, Anfragen und Allfälliges

- a. StR Jörg informiert, dass er heute von Pfarrer Martin Komarek einen Brief aufgrund seiner Anfrage hinsichtlich „Betreutes Wohnen“ im Bereich des Widums Landeck erhalten habe. Es wird mitgeteilt, dass das Interesse an der Entwicklung im Bereich der pfarrlichen Grundflächen positiv beurteilt wird. Allerdings müssen von der Pfarre sind dabei auch eine Reihe von Interessen zu berücksichtigen werden, die und müssen diese Vorhaben in enger Abstimmung mit der Diözese Innsbruck festgelegt werden müssen. Nach Abklärung der nötigen Vorfragen in der Pfarre, wird von Pfarrer Komarek ein entsprechend unverbindliches Gespräch zugesichert.
- b. StR König verweist auf einen Artikel bzw. auf ein Foto in der Tiroler Tageszeitung vom 14. Dezember 2011, wo man Frau Moser-Abler sehen konnte, wie sie bei einer „Tierschützer-Demonstration“ von der Polizei abgeführt wurde. Er stellt die Frage, ob Frau Moser-Abler Urlaub genommen habe oder ob die Teilnahme an der Demonstration während der Dienstzeit erfolgte und ob seitens der Stadtgemeinde Landeck irgendwelche Maßnahmen getroffen werden.

Der Vorsitzende teilt mit, dass er Frau Moser-Abler zu einem Gespräch eingeladen habe, welches am Montag stattfinden wird. Maßnahmen werden zum jetzigen Zeitpunkt keine getroffen, da ja nichts vorliege.

- c. GR Pfenniger stellt fest, dass sich die Verkehrssituation bei der Stadteinfahrt durch den Ausbau einer der zweiten Fahrbahn durch den Viaduktbogen der Eisenbahn stark verbessert hat und somit damit auch ein toller Blickwinkel auf die Stadt Landeck gewährt werde.
- d. GR Pfenniger bringt den Mitgliedern des Gemeinderates in einem von ihm verfassten Text zur Kenntnis zum Ausdruck, dass die Vorgänge im Zusammenhang mit dem Rücktritt von Eva Lunger aus seiner Sicht nicht ganz fair waren. Politische Kultur sei für ihn ein positiv besetzter Begriff: Der stilvolle und moralische Umgang, mit der vom Volk erhaltenen politischen Macht und damit mehr als der joviale Handschlag vor und nach einer Sitzung. Politische Kultur ist einfach so, wie die darin handelnden Personen. Er erinnert, dass der Bezirksmuseumsverein mit großem Engagement und Einsatz 63 % der Kosten für den Schlossumbau aufgebracht hat. Zur immer wieder kolportierten Befangenheit stellt er die Frage „Wie wenig Vertrauen haben wohl diejenigen in die vorhandenen Strukturen = in den Stadtrat, in den Gemeinderat und in die Ausschüsse =

- in dem sie selber sitzen?“. Er bemerkt außerdem, dass sich rührige Menschen mit Ideen und Visionen, die vielfältig in Landeck etwas bewegen wollen, nicht nur im Winter warm anziehen sollten. Abschließend wünscht er allen eine gute Zeit, um zur Besinnung zu kommen.

StR König kritisiert die Darstellung von GR Pfenniger, in welcher die ÖVP- und FPÖ-Fraktion als „Buhmänner“ dargestellt werden, die zum Stillstand aufrufen. Er ersucht vielmehr um Verständnis dafür, dass jemand parteipolitische Entscheidungen einfordert, ~~und manche Dinge anders gesehen werden~~. Er werde im nächsten Gemeinderat alles auf den Tisch legen, was beim Umbau des Schloss Landeck ~~alles~~ schief gelaufen ist. Er komme seiner politische Verantwortung nach.

- e. StR Hittler bedankt sich abschließend beim gesamten Personal der Stadtgemeinde Landeck für die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr. Außerdem spricht er seinen Dank für die gute Zusammenarbeit in der Fraktion sowie im Wirtschafts- und Umweltausschuss aus. Einige Dinge konnten gemeinsam umgesetzt und verwirklicht werden. Dass gewisse Dinge auch anders gesehen werden sei menschlich und legitim.

ENDE DER ÖFFENTLICHEN SITZUNG